

# Die soziale Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung

Carsten G. Ullrich

Der Beitrag befasst sich mit der Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung in der deutschen Bevölkerung. Wie wird die Arbeitslosenversicherung insgesamt beurteilt? Und wie die Höhe des Arbeitslosengeldes? Welche Unterschiede sind dabei zwischen Ost- und Westdeutschen festzustellen? Diesen und weiteren Fragen wird anhand von Umfrageergebnissen einer neueren Studie zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik Deutschland nachgegangen. Zudem wird untersucht, worauf die gefundene Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen ist. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage gelegt, wie Arbeitslose wahrgenommen und beurteilt werden.

## 1 Soziale Akzeptanz als Problem und Forschungsgegenstand

Als Akzeptanz kann man ganz allgemein die Zustimmung zu (oder zumindest Hin-nahme von) Entscheidungen und Handlungen durch Personen definieren, die von diesen Entscheidungen und Handlungen direkt und indirekt betroffen sind. Im Bereich politischer Entscheidungen haben Fragen sozialer Akzeptanz einer verbreiteten Einschätzung zufolge zunehmend an Bedeutung gewonnen (Lucke 1995). Dies ist eine Folge gesteigerter kausaler Abhängigkeiten und Verflechtungen, die bedingen, dass selbst „Einzelentscheidungen“ letztlich ein breites Wirkungsspektrum haben. Gleichzeitig ist dies aber auch auf eine höhere Kritik- und Partizipationsbereitschaft in der Bevölkerung zurückzuführen: Immer weniger Menschen sind bereit, politische Entscheidungen und deren „externe Effekte“, von denen sie betroffen sind, einfach hinzunehmen.

Dem gesellschaftlich gestiegenen Akzeptanzbedarf entspricht eine stetig wachsende empirische Akzeptanzforschung. Diese leitet ihre Relevanz von zwei grundlegenden Prämissen ab: Zum einen wird angenommen, dass ein bestimmtes Mindestmaß an Akzeptanz eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates ist (funktionalistische oder Stabilitätstheoretische Prämisse). Zum anderen wird die empirisch feststellbare Akzeptanz als Kriterium für die Legitimität wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe angesehen (Legitimitätstheoretische Prämisse).<sup>1</sup>

Auch im Bereich der Wohlfahrtsstaatsforschung ist insbesondere seit den 1980er Jahren eine deutliche Zunahme von Arbeiten festzustellen, die sich mit der sozialen Akzeptanz sozialpolitischer Institutionen, Finanzierungs- und Leistungsformen, Sicherungszielen und Reformalternativen befassen. Die Ergebnisse sind jedoch alles in allem unbefriedigend. Das gilt sowohl für die Messung der Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme als auch für deren Erklärung (Ullrich 2000). So hat vor allem die Gleichsetzung von gewünschter Wohlfahrtsstaatlichkeit – die meisten Menschen wünschen sich eine umfangreiche Absicherung – mit der Beurteilung der bestehenden Institutionen dazu verleitet, die Akzeptanz des konkreten Systems der sozialen Sicherung zu überschätzen.<sup>2</sup>

Insgesamt sind unsere Kenntnisse über die Akzeptanz der sozialen Sicherung daher unsicher und unvollständig. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße und ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass hier anders als vor allem in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern bisher keine gezielten Umfragen zu dieser Thematik durchgeführt wurden.

Dieses Defizit bildete den Hintergrund für eine umfangreiche, im Sommer 2004 durchgeführte Studie zur „Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in Deutschland“.<sup>3</sup> Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Umfrage zu unterschiedlichen Aspekten der sozialen Sicherung. Im Mittelpunkt standen die Akzeptanzurteile zu fünf Sicherungsbereichen, und zwar zur Gesetzlichen Rentenversicherung, zur Gesetzlichen Krankenversicherung, zur Arbeitslosenversicherung, zur

Sozialhilfe sowie zu familienpolitischen Leistungen. Insgesamt wurden auf Basis einer Zufallsstichprobe mit 1.534 deutschsprachigen erwachsenen Personen ausführliche (standardisierte) persönliche Interviews realisiert. Alle im Folgenden präsentierten Ergebnisse basieren auf den in dieser Umfrage gewonnenen Daten.

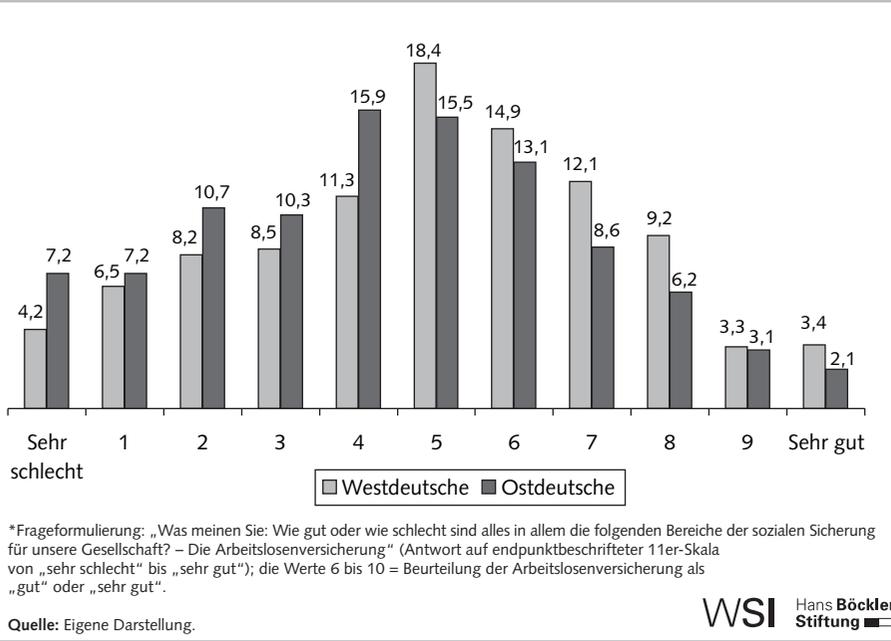
1 Während Akzeptanz ein empirisches Phänomen bezeichnet, ist Legitimität ein normatives Konzept. Die Anerkennung von „Akzeptanz“ als Legitimitätsgrund ist dabei keineswegs unumstritten und hängt maßgeblich davon ab, wie Legitimität definiert wird. Auf keinen Fall aber fallen Akzeptanz (im Sinne von Zustimmung) und Legitimität zusammen. Andererseits besteht aber wohl ein breiter Konsens darüber, dass zumindest ein Minimum an sozialer Akzeptanz ein zentrales Kriterium zur Beurteilung der Legitimität sozialer Ordnungen ist.

2 Auch bei der Erklärung von Akzeptanz ist man noch nicht sehr weit: Einflüsse typischer Erklärungsfaktoren wie das Eigeninteresse oder Wertorientierungen sind oft nur schwach bzw. können gar nicht nachgewiesen werden. Zu einem erheblichen Maße ist dies jedoch auf die Verwendung unspezifischer Interessenindikatoren und Wertorientierungen zurückzuführen.

3 Diese Umfrage war Teil eines gleichnamigen Forschungsprojekts, das von 2003 bis 2005 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt wurde.

Carsten G. Ullrich, Dr., Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Mannheim, Fakultät für Sozialwissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Soziale Probleme, Soziale Ungleichheit. e-mail: cullrich@uni-mannheim.de

**Abb. 1: Beurteilung des „gesellschaftlichen Wertes“ der Arbeitslosenversicherung\* (N = 1421) - in % -**



## 2 Die Beurteilung der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitslosengeldes

Akzeptanz kann und muss mittels verschiedener Indikatoren erfasst werden. Grundsätzlich sind hierbei zwei Arten von Indikatoren bzw. zwei Akzeptanzdimensionen zu unterscheiden. Im ersten Fall wird versucht, die Akzeptanz bestehender wohlfahrtsstaatlicher Institutionen möglichst direkt zu erfassen; im zweiten wird dagegen die gewünschte „Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (Präferenzen für Umfang und „Intensität“ der sozialen Sicherung) gemessen.<sup>4</sup> Auch die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beruhen auf zwei Akzeptanzindikatoren, die jeweils einer dieser beiden Akzeptanzdimensionen zuzurechnen sind (zum Wortlaut der Items und zur Skalierung s.u.).

Die Akzeptanz aller sozialen Sicherungssysteme erwies sich in unserer Untersuchung insgesamt als eher gering, vor allem als geringer als dies aufgrund früherer Forschungsergebnisse zu erwarten gewesen wäre, die hauptsächlich auf Daten des International Social Survey Program (ISSP) und des Eurobarometers basieren. Bei Indikatoren, mit denen unmittelbar die Beurteilung bestehender wohlfahrtsstaatli-

cher Institutionen erfasst wird, liegt der Anteil „positiver“ Akzeptanzurteile meist unter 50 %. Höhere Werte ergeben sich dagegen, wenn nach allgemeinen Präferenzen hinsichtlich der sozialen Sicherung gefragt wird. Die Unterschiede zu früheren Untersuchungen können zwei Ursachen haben: Zum einen ist es möglich, dass die Akzeptanz zentraler sozialer Sicherungssysteme seit den 1990er Jahren tatsächlich gesunken ist. Andererseits könnten die geringeren Akzeptanzwerte aber auch eine Folge der anderen (genaueren) Art der Akzeptanzmessung sein, die weniger auf Präferenzen und mehr auf die Beurteilung bestehender Institutionen und Regelungen zielt.

Die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung wird hier anhand von zwei Akzeptanzindikatoren untersucht. Dies sind der zugeschriebene „gesellschaftliche Wert“ der Arbeitslosenversicherung und die Präferenzen hinsichtlich der Höhe des Arbeitslosengeldes. Bei der Zuschreibung eines gesellschaftlichen Wertes wurde danach gefragt, ob man der Meinung sei, dass die Arbeitslosenversicherung „für die Gesellschaft“ gut oder schlecht sei. Die Befragten konnten dabei auf einer endpunktbeschrifteten 11er-Skala von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ antworten. Die Präferenzen bezüglich der Leistungshöhe ergeben sich aus der Differenz von wahrgenommener und gewünschter Leistungshöhe. Beide Fragen (nach der Einschätzung der tatsächlichen und nach der gewünschten Höhe des Ar-

beitslosengeldes) wurden auf einer endpunktbeschrifteten 11er-Skala von „sehr niedrig“ bis „sehr hoch“ beantwortet.

Beim zugeschriebenen gesellschaftlichen Wert (Abbildung 1) wird schnell deutlich, dass die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung nicht übermäßig groß ist. Schon ein erster Blick verrät, dass die Einschätzungen der Befragten hier annähernd „normalverteilt“ sind. Positive und negative Akzeptanzurteile halten sich also in etwa die Waage. So geben nur 40,9 % der Befragten an, dass die Arbeitslosenversicherung für unsere Gesellschaft „gut“ oder „sehr gut“ sei (dagegen 41,3 %, dass sie eher „schlecht“ sei). Deutlich sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen: Bei den ostdeutschen Befragten sind sogar nur 33,1 % von der positiven Funktion der Arbeitslosenversicherung für die Gesellschaft überzeugt.

Dagegen befürwortet eine Mehrheit der Befragten ein höheres Arbeitslosengeld (53,5 %), nur 3,2 % jedoch ein sehr viel höheres (Abbildung 2). Immerhin noch fast jeder Fünfte (19,4 %) spricht sich aber auch für ein niedrigeres Arbeitslosengeld aus. Auffällig ist zudem die sehr starke Befürwortung der aktuellen Leistungshöhe. Über ein Viertel aller Befragten (27,1 %) ist der Ansicht, dass sich bei der Höhe des Arbeitslosengeldes nichts ändern sollte. Wiederum sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen auffallend. So ist der Anteil derer, die sich ein höheres Arbeitslosengeld wünschen, in den neuen Bundesländern deutlich höher. Gut zwei Drittel (67,9 %) präferieren hier ein höheres Arbeitslosengeld.

An diesen Häufigkeitsverteilungen wird dreierlei deutlich: Zunächst zeigt vor allem die Beurteilung des „gesellschaftlichen Wertes“ der Arbeitslosenversicherung, dass die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung (in ihrer konkreten, bestehenden Form) eher gering ist. Zweitens bedeutet dies aber nicht, dass sich die Befragten keine Absicherung des Risikos Arbeitslosigkeit wünschen. Im Gegenteil: Es werden sogar höhere Leistungen befürwortet. Kritisch wird also „nur“ der Zu-

<sup>4</sup> Nur Indikatoren des ersten Typs vermitteln also Einsichten in die Akzeptanz der bestehenden Form sozialer Sicherungssysteme. Für ein vollständiges Akzeptanzbild ist es jedoch auch erforderlich, die allgemeinen Präferenzen über den gewünschten Umfang der sozialen Sicherung zu erfassen.

stand der Arbeitslosenversicherung gesehen. Die Präferenzen für eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung des Risikos Arbeitslosigkeit sind stark.

Schließlich ist auch unverkennbar, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Beurteilung der Arbeitslosenversicherung sehr groß sind: Ostdeutsche präferieren nicht nur ein höheres wohlfahrtsstaatliches Engagement, sondern sind auch unzufriedener mit der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung. Ein nahe liegender Grund hierfür ist die höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland und damit die größere unmittelbare (als Leistungsempfänger) oder mittelbare Angewiesenheit auf die Leistungen dieses Sicherungssystems.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen für die anderen Sicherungsbereiche (Abbildung 3) zeigt, dass die Arbeitslosenversicherung im Vergleich zu den anderen Sicherungssystemen eine „mittlere“ Position einnimmt. Besonders deutlich wird dies bei den Präferenzen für Leistungserhöhungen. Sie erscheinen beim Arbeitslosengeld geradezu moderat, wenn man die weit höheren Leistungswünsche bei der Rente und bei den Gesundheitsleistungen betrachtet. Etwas geringer sind die Unterschiede bei der Beurteilung des gesellschaftlichen Wertes. Aber auch hier bewerten etwas mehr Befragte die Arbeitslosenversicherung „positiver“ als die Sozialhilfe und als die Gesetzliche Rentenversicherung.

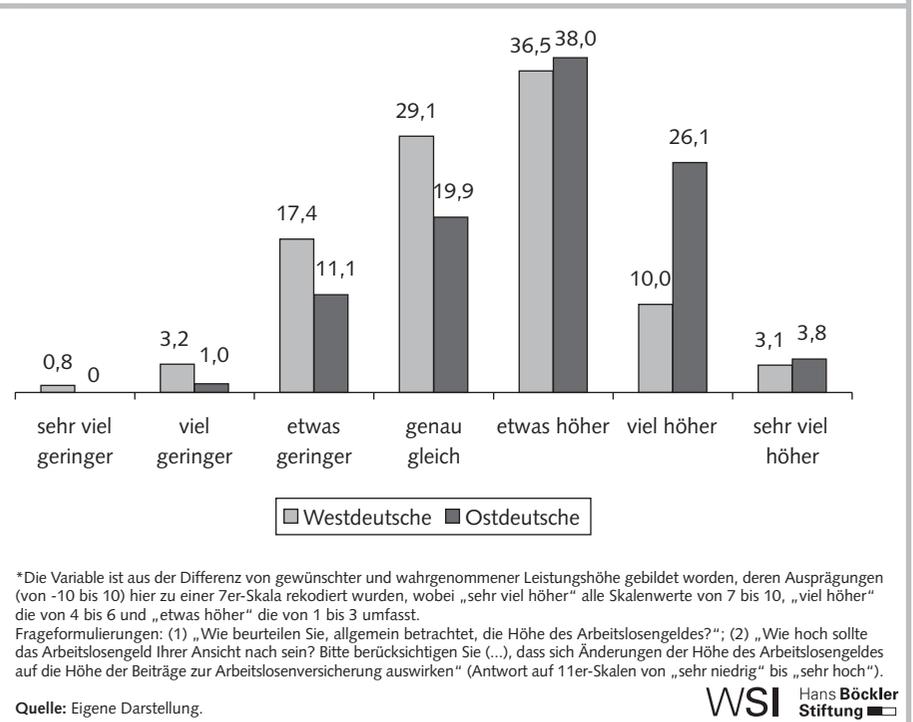
### 3 Erklärungs-faktoren für die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung

Zur Erklärung der Akzeptanzurteile wurde auf drei Arten von Erklärungsfaktoren zurückgegriffen, die in Regressionsanalysen überprüft worden sind:

(1) Dies sind zum einen soziodemografische Faktoren wie das Alter, das Geschlecht, die soziale Schicht (subjektive Einstufung auf einer Oben-Unten-Skala), der Bildungsgrad und die Herkunft aus den westlichen oder östlichen Bundesländern.

(2) Es wurde angenommen, dass diese Merkmale das allgemeine Interesse an der sozialen Sicherung strukturieren. Auf die spezifische Beurteilung der Arbeitslosen-

**Abb. 2: Befürwortung eines höheren oder niedrigeren Arbeitslosengeldes (N = 1332)\* - in % -**

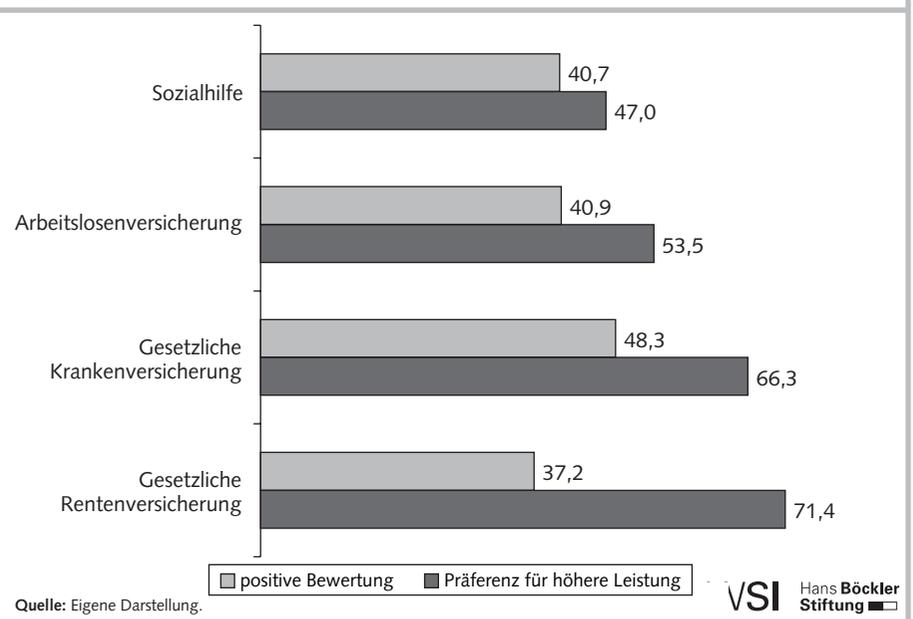


versicherung dürfte sich aber vor allem auswirken, ob man arbeitslos ist oder nicht. Daher wurde auch der Status „arbeitslos“ (Ausprägungen: ja/nein) in die Analyse einbezogen.

(3) Schließlich sind wir davon ausgegangen, dass die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung auch dadurch maßgeblich ge-

prägt wird, wie die Arbeitslosen in der Bevölkerung wahrgenommen werden. In unserer Untersuchung haben wir daher der Wahrnehmung von Arbeitslosen (dem öffentlichen „Arbeitslosenbild“) besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie wurde als dritte Faktorengruppe in den Modellen zur Erklärung der Akzeptanzurteile berücksichtigt.

**Abb. 3: Soziale Sicherungssysteme im Vergleich: Beurteilung ihres "gesellschaftlichen Wertes" und Präferenzen für höhere Leistungen - in % -**



## Übersicht 1: Indikatoren für die Wahrnehmung von Leistungsbeziehern in der Öffentlichkeit

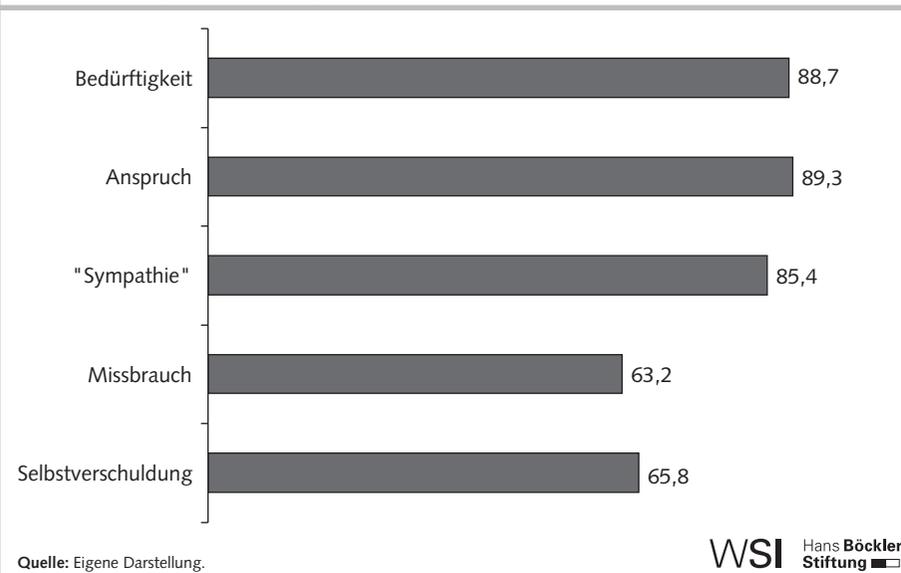
- (1) **Bedürftigkeit:** „Die meisten Menschen, die Arbeitslosengeld bekommen, brauchen es wirklich“;
- (2) **Anspruch(serwerb):** „Wer Arbeitslosengeld erhält, bekommt es zu Recht, weil er es sich durch Beitragszahlungen verdient hat“;
- (3) **Allgemeine Wertschätzung („Sympathie“):** „Arbeitslose verdienen in besonderem Maße die Unterstützung der Gesellschaft“;
- (4) **Missbrauch:** „In der Arbeitslosenversicherung kommt es häufig vor, dass jemand Leistungen erhält, auf die er keinen Anspruch hat“;
- (5) **Selbstverschuldung:** „Viele Arbeitslose müssten nicht so lange Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie sich mehr Mühe geben würden, einen neuen Arbeitsplatz zu finden“.

**Anmerkungen:** Alle fünf Aspekte der Leistungsempfängerwahrnehmung wurden mit jeweils einem Item erhoben. – Beurteilung auf endpunktbeschrifteter 6er-Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“.

WSI Hans Böckler Stiftung

## Abb. 4: Die Wahrnehmung von Arbeitslosen

- Zustimmungen der Befragten in % -



Die Wahrnehmung von Arbeitslosen wurde mit fünf Indikatoren erhoben, die folgende Aspekte erfassen sollten: die Bedürftigkeit der Empfänger von Arbeitslosengeld, ihren durch Beitragszahlungen erworbenen Anspruch auf Leistungen, die allgemeine Wertschätzung (Unterstützungswürdigkeit) von Arbeitslosen, die Missbrauchsvermutung und die Annahme selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit (Victimisierung). Alle fünf Indikatoren zielen damit auf einen Aspekt, der vor allem im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch als „deservingness“ der Leistungsempfänger (wie sehr haben diese ihre Leistungen verdient?) bezeichnet wird. Neben positiven Eigenschaften (Bedürftigkeit, allgemeine Wertschätzung und Anerkennung erworbener Ansprüche), die den Leistungsempfängern zugeschrieben werden, spielen hier auch negative Attribuierungen eine Rolle (Missbrauch, selbstverschuldete Arbeitslosigkeit) (Übersicht 1).

Die entscheidende Grundannahme war, dass die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung maßgeblich durch das Eigeninteresse der Befragten bestimmt wird. So sollten z. B. Befragte, die selbst arbeitslos sind, stärkere Präferenzen für ein höheres Arbeitslosengeld haben. Zusätzlich wurde angenommen, dass sich auch das „Arbeitslosensbild“ nachhaltig auf die Beurteilung der Arbeitslosenversicherung auswirkt. Ein akzeptanzverstärkender Einfluss wurde bei einer positiven Wahrnehmung der Arbeitslosen erwartet und ein entsprechend akzeptanzabträglicher bei einer negativen.

## 4

### Multivariate Analysemodelle

Ein Blick auf die Häufigkeitsverteilungen (Abbildung 4) zeigt hier, dass die Zustim-

mung zu den „positiven“ Eigenschaften (Bedürftigkeit, Anspruchserwerb und allgemeine Wertschätzung) eher hoch ist. Die Zustimmung zu den „negativen“ (Missbrauch und selbstverschuldete Arbeitslosigkeit) ist deutlich geringer. Aber auch hier stimmt jeweils eine eindeutige Mehrheit der Befragten den entsprechenden Aussagen zu, ist also davon überzeugt, dass Leistungsmissbrauch in der Arbeitslosenversicherung und selbstverschuldete Arbeitslosigkeit häufig vorkommen.

Wie wirkt sich nun dieses „Arbeitslosensbild“ neben den anderen Erklärungsfaktoren auf die Beurteilung des „gesellschaftlichen Wertes“ der Arbeitslosenversicherung aus? Die Regressionsanalysen zeigen hier zunächst (Tabelle 1, Modell 1), dass bei den soziodemografischen Variablen signifikante Effekte für die Selbstverortung auf der Oben-Unten-Skala (positiv) und beim Landesteil (negativ) bestehen. Das bedeutet, dass Ostdeutsche die Arbeitslosenversicherung kritischer beurteilen als Westdeutsche (wie bereits aus den Häufigkeitsverteilungen in Abbildung 1 zu ersehen war), und Personen, die sich in der Gesellschaft eher „oben“ verorten, bewerten sie positiver. Der Einbezug des Status „arbeitslos“ führt zu keiner besseren Erklärung, weil er nicht signifikant ist (Modell 2). Arbeitslose beurteilen die Arbeitslosenversicherung demnach weder besser noch schlechter als andere Befragte (Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige).

Bei der Wahrnehmung von Arbeitslosen (Modell 3) erweisen sich zwei Indikatoren als signifikant: die „selbstverschuldete Arbeitslosigkeit“ (positiv) und die „soziale Wertschätzung“ (negativ). Der „gesellschaftliche Wert“ der Arbeitslosenversicherung wird also umso höher eingeschätzt, desto stärker Arbeitslose für ihre Situation verantwortlich gemacht werden und desto geringer ihre soziale Wertschätzung ist. Anders ausgedrückt kann man sagen: Je positiver Arbeitslose wahrgenommen werden, desto kritischer fällt die Beurteilung der Arbeitslosenversicherung aus.<sup>5</sup> Durch die Berücksichtigung der Indikato-

<sup>5</sup> Dieses paradox anmutende Ergebnis erklärt sich aus Interaktionseffekten zwischen der wahrgenommenen Leistungshöhe und dem „Arbeitslosensbild“ (hier nicht ausgewiesen). Personen, die ein eher positives Arbeitslosensbild haben, bewerten die Arbeitslosenversicherung also schlechter, weil sie das Arbeitslosengeld für zu niedrig halten.

ren des „Arbeitslosenbildes“ wird der negative Effekt für Ostdeutschland insignifikant. Das Erklärungsmodell ist insgesamt aber deutlich verbessert, wenn der Erklärungswert der hier berücksichtigten Variablen alles in allem auch eher mäßig ist ( $R^2 = 0,045$ ).

Präferenzen für die Höhe des Arbeitslosengeldes können die ausgewählten Erklärungsfaktoren deutlich besser erklären (Tabelle 2). Von den soziodemografischen Faktoren sind auch hier zunächst die subjektive SchichtEinstufung und der Landesteil signifikant (Modell 1). Erwartungsgemäß gehen die Effekte jetzt aber in die umgekehrte Richtung. Personen, die sich auf der Oben-Unten-Skala „oben“ einordnen, sind seltener für ein höheres Arbeitslosengeld. Das Gleiche gilt für Westdeutsche im Vergleich zu Ostdeutschen. In beiden Fällen führt ein geringeres Eigeninteresse (geringes Arbeitslosigkeitsrisiko bei Westdeutschen und in höheren sozialen Schichten) auch zu geringeren Präferenzen hinsichtlich der Höhe des Arbeitslosengeldes. Zusätzlich besteht hier noch ein signifikanter Einfluss der höchsten Bildungsstufe: Menschen mit hoher (formaler) Bildung sind seltener für ein höheres Arbeitslosengeld als andere. Auch der Status „arbeitslos“ ist bei den Präferenzen bezüglich der Leistungshöhe signifikant (Modell 2). Wie zu erwarten war, sprechen sich Arbeitslose häufiger und deutlicher für ein höheres Arbeitslosengeld aus als Befragte, die nicht arbeitslos sind.

Für die Eigenschaften, die Arbeitslosen zugeschrieben werden, bestehen mit Ausnahme der „Bedürftigkeit“ jeweils signifikante Effekte (Modell 3). Die „selbstverschuldete Arbeitslosigkeit“ und die „Missbrauchsvermutung“ haben dabei einen negativen, die soziale Wertschätzung und die Anerkennung eines Anspruchserwerbs einen positiven Effekt. Den zuvor dargelegten Hypothesen entsprechend führt also ein negatives „Arbeitslosenbild“ zu geringeren, eine positive Wahrnehmung der Arbeitslosen (berechtigte Ansprüche, soziale Wertschätzung) dagegen zu höheren Präferenzen hinsichtlich der Höhe des Arbeitslosengeldes.

Bei Einbezug der Eigenschaften, die Arbeitslosen zugeschrieben werden, hat zudem das Alter einen signifikanten negativen Effekt (Ältere plädieren also seltener für ein höheres Arbeitslosengeld als Jüngere), während der Effekt für den Landesteil insignifikant wird. Aufgrund der insgesamt

**Tabelle 1: Allgemeine Beurteilung (des „gesellschaftlichen Wertes“) der Arbeitslosenversicherung (OLS-Regressionen)**

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
<b>Oben-Unten-Skala</b>	<b>0,105**</b>	<b>0,098**</b>	<b>0,087**</b>
<b>Landesteil</b> (Referenzkategorie: West)			
Ost	- 0,087**	- 0,081*	- 0,056
<b>Geschlecht</b> (Referenzkategorie: Mann)			
Frau	0,001	0,001	0,000
<b>Alter</b>	0,039	0,035	
<b>Bildung</b> (Referenzkategorie: niedrig)			
mittel	0,001	- 0,001	0,009
hoch	0,015	0,015	0,028
<b>Status: arbeitslos</b>		- 0,035	- 0,022
<b>Wahrnehmung Arbeitsloser:</b>			
„Bedürftigkeit“			0,005
„Anspruchserwerb“			0,076
„Soziale Wertschätzung“			- 0,072*
„Missbrauchsvermutung“			0,013
„Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit“			<b>0,110**</b>
<b>N</b>	<b>1163</b>	<b>1163</b>	<b>1163</b>
<b>R<sup>2</sup></b>	<b>0,026</b>	<b>0,027</b>	<b>0,045</b>

\* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001; ungewichtete Ergebnisse, standardisierte Regressionskoeffizienten.

**WSI** Hans Böckler Stiftung

zahlreichen signifikanten Einflüsse der Erklärungsfaktoren ist der Erklärungswert des Gesamtmodells hier sehr gut ( $R^2=0,182$ ) und deutlich höher als bei der Beurteilung des „gesellschaftlichen Wertes“ der Arbeitslosenversicherung.

## 5 Fazit

Zur Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung lässt sich insgesamt festhalten, dass diese nicht sehr hoch ist, sich aber im „nor-

malen“ Spektrum der sozialen Sicherungssysteme bewegt. Darin ist jedoch keineswegs eine Abkehr vom Prinzip der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung zu sehen. Die Präferenzen für ein höheres Arbeitslosengeld verdeutlichen eher den Wunsch nach mehr wohlfahrtsstaatlichem Engagement.

Ob die Befragten selbst arbeitslos sind, hat keine Bedeutung für die allgemeine Beurteilung der Arbeitslosenversicherung, wohl aber für die Präferenzen hinsichtlich der Höhe des Arbeitslosengeldes. Auch insgesamt ist der Erklärungswert dieser allgemeinen Interessenlagen eher gering. Vor allem die Akzeptanz der Arbeitslosenversi-

**Tabelle 2: Präferenzen bezüglich der Höhe des Arbeitslosengeldes (OLS-Regressionen)**

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
<b>Oben-Unten-Skala</b>	<b>- 0,168***</b>	<b>- 0,140***</b>	<b>- 0,105**</b>
<b>Landesteil</b> (Referenzkategorie: West)			
Ost	0,155***	0,131***	0,058
<b>Geschlecht</b> (Referenzkategorie: Mann)			
Frau	0,004	0,002	0,024
<b>Alter</b>	- 0,043	- 0,023	- 0,063*
<b>Bildung</b> (Referenzkategorie: niedrig)			
mittel	- 0,020	- 0,012	- 0,017
hoch	- 0,073*	- 0,072*	- 0,088**
<b>Status: arbeitslos</b>		<b>0,140***</b>	<b>0,107***</b>
<b>Wahrnehmung Arbeitsloser:</b>			
„Bedürftigkeit“			0,036
„Anspruchserwerb“			<b>0,106*</b>
„Soziale Wertschätzung“			<b>0,121***</b>
„Missbrauchsvermutung“			- 0,063*
„Victimisierung“			- 0,133***
<b>N</b>	<b>1104</b>	<b>1104</b>	<b>1104</b>
<b>R<sup>2</sup></b>	<b>0,076</b>	<b>0,094</b>	<b>0,182</b>

\* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001; ungewichtete Ergebnisse, standardisierte Regressionskoeffizienten.

**WSI** Hans Böckler Stiftung

derung als Institution kann daher nicht auf das Eigeninteresse der Befragten zurückgeführt werden.

Dagegen hat die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit bzw. der sozialen Lage von Arbeitslosen vor allem auf die Präferenzen bezüglich der Leistungshöhe einen großen

Einfluss. Den größten Einzeleffekt hat dabei die Frage, ob Arbeitslose für ihre Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich sind. Bedeutungslos ist dagegen die wahrgenommene Bedürftigkeit der Arbeitslosen. Wie die jeweiligen Gesamtmodelle zeigen, ist der Erklärungswert des „Arbeitslosen-

bildes“ insgesamt als sehr hoch einzuschätzen. Welche Einstellungen und Präferenzen die Bürger zur Arbeitslosenversicherung haben, hängt also maßgeblich auch davon ab, wie das „öffentliche Erscheinungsbild“ der Arbeitslosen in unse-

## LITERATUR

---

**Lucke, D.** (1995): Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“, Opladen

**Ullrich, C. G.** (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung. Soziale Welt 51, S. 131–151